

Stellungnahme der Firma MANN + HUMMEL, der Betriebs- und Behördenleiter/innen sowie der Betriebs- und Personalräte/innen zur geplanten Parkraumbewirtschaftung in Ludwigsburg Oststadt



Bundesagentur für Arbeit

Agentur für Arbeit
Ludwigsburg



Baden-Württemberg
AMTSGERICHT LUDWIGSBURG



FINANZAMT LUDWIGSBURG



Kleeblatt
Pflege & Wohnen



**Kliniken Ludwigsburg-
Bietigheim gmbH**

Im Verbund der Regionalen
Kliniken Holding RKH



**LANDKREIS
LUDWIGSBURG**



Baden-Württemberg
STAATLICHES SCHULAMT LUDWIGSBURG



Baden-Württemberg

VERMÖGEN UND BAU
AMT LUDWIGSBURG

An
die Stadtverwaltung und den Gemeinderat
der Stadt Ludwigsburg
Wilhelmstraße 11
71638 Ludwigsburg

Ludwigsburg, den 20.09.2011

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Spec,
sehr geehrte Damen und Herren Stadträte,

die Oststadt ist seit Jahrzehnten geprägt durch eine Kombination von Wohnen, Arbeiten und Freizeit. Neben der Wohnbebauung gehören Behörden, Betriebe und Unternehmen, wie die Firma MANN+HUMMEL, die Agentur für Arbeit, das Finanzamt, die Polizeidirektion, das Landratsamt, die Kliniken, die Kleeblatt gGmbH, das Staatliche Schulamt, das Seniorenstift und das Amtsgericht ebenso ins Bild wie Touristen und Ludwigsburger, die das Schloss oder die Parkanlagen der Bärenwiese genießen möchten. Die Stadt Ludwigsburg hat diese Entwicklung durch die Bauleitplanung geprägt, die entsprechenden Baugenehmigungen unterstützt und ist auch daran interessiert als Kreisstadt, gerade in zentrumsnaher Lage, Standort für große Behörden, Betriebe und Einrichtungen zu sein. Die Beschäftigten bringen Kaufkraft in die Stadt Ludwigsburg, die sonst auf die Peripherie verlagert würde. Dieses Miteinander hat immer gut funktioniert und auch für die Zukunft möchten wir diese „gute Nachbarschaft“ fortsetzen.

Die knappe Parkplatzsituation zu Spitzenzeiten ist eine Herausforderung für Anwohner und Beschäftigte. Wir haben Verständnis für die Bedürfnisse der Anwohner und sind bereit, konstruktiv an Verbesserungen mitzuwirken. Allerdings halten wir die geplante Parkraumbewirtschaftung nicht für den richtigen Weg, um die sehr unterschiedliche Situation für den ruhenden Verkehr zu entschärfen.

Auch viele Anwohner haben sich bei der Infoveranstaltung gegen die Einführung einer Parkraumbewirtschaftung mit der Erhebung von Parkgebühren ausgesprochen. Wir haben uns als betroffene Behörden und Unternehmen schon seit Monaten mit dem Thema beschäftigt und die Argumente der Stadt Ludwigsburg, der Anwohner und die unserer Behörden und unserer Belegschaft abgewogen und sind einhellig der Auffassung:

Die Behörden- und Unternehmensleitungen sowie die Betriebs- und Personalräte bitten den Gemeinderat der Stadt Ludwigsburg, auf die Bewirtschaftung der Parkflächen in der gesamten Oststadt zu verzichten, da die negativen Auswirkungen für Anwohner und Beschäftigte deutlich überwiegen.

Folgende Argumente sprechen aus unserer Sicht gegen die Erhebung von Parkgebühren in Teilen der Oststadt:

- Die genannten Behörden, Betriebe, Einrichtungen und Unternehmen sind aufgrund ihrer weit über den Stadtbereich Ludwigsburg hinausgehenden Aufgaben darauf angewiesen, dass die Beschäftigten ihre Privatfahrzeuge regelmäßig für Dienstfahrten nutzen. Nur so kann eine wirtschaftliche Aufgabenerledigung sichergestellt werden. Die große Anzahl an notwendigen Dienstfahrten kann über den dienstlichen Fahrzeugpool nicht abgedeckt werden. Die Nutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln für dienstliche Termine ist in den meisten Fällen nicht möglich.

- Der Bedarf an Parkplätzen bleibt bei Anwohnern, Besuchern und Beschäftigten weiterhin bestehen. **Eine Entlastung würde nur durch das Ausweisen von zusätzlichen Parkplätzen erreicht.** Durch die Erhebung von Parkgebühren werden keine zusätzlichen Parkplätze geschaffen. Es werden ggf. nur diejenigen verdrängt, die sich die Gebühr nicht leisten können oder wollen und nicht die, die ggf. auf öffentliche Verkehrsmittel oder das Fahrrad ausweichen könnten. Dadurch ist keine bessere Auslastung der Parkierungseinrichtungen in der Innenstadt zu erwarten.
- **Durch die Parkraumbewirtschaftung wird der Parksuchverkehr nicht verhindert,** sondern auf die angrenzenden Gebiete verlagert.
- Auch **viele Anwohner haben sich gegen eine Parkraumbewirtschaftung ausgesprochen,** da sie sich durch den dann erhöhten Umschlag der Parkplätze belästigt fühlen.
- Der werktägliche Spitzenbelegungszeitraum von drei Stunden, 09:00 Uhr bis 12:00 Uhr, rechtfertigt unserer Auffassung nach keine Parkraumbewirtschaftung von 09:00 Uhr bis 18:00 Uhr.
- In unseren Behörden arbeiten Beschäftigte auch in niederen Gehaltsgruppen, teilweise in Teilzeit mit der Anforderung einer täglichen Präsenz am Dienstort. Für diese wären Parkgebühren eine unzumutbare Belastung.
- Einige unserer Beschäftigten sind aus Gründen der Kinderbetreuung, der Pflege von Angehörigen, ungünstigen Arbeitszeiten wie Schicht- oder Nachtdienst etc. auf die Anfahrt zur Dienststelle mit dem Pkw angewiesen. Öffentliche Verkehrsmittel zu den Wohnorten stehen zu diesen Zeiten nur sehr eingeschränkt zur Verfügung.
- Zunehmend stellen wir fest, dass unsere Beschäftigten, bei denen es möglich ist, mit öffentlichen Verkehrsmitteln, mit dem Fahrrad oder dem Zweirad zur Arbeitsstelle zu kommen, jetzt schon spürbar, besonders an schönen Tagen, zur Entlastung der Parksituation beitragen.

Zu unserer „guten Nachbarschaft“ gehört, dass die Agentur für Arbeit, das Finanzamt, die Polizeidirektion, das Landratsamt, die Kliniken, das Amtsgericht und die Kleeblatt gGmbH neben den öffentlichen Parkplätzen zusätzlichen Parkraum geschaffen haben und für Kunden und Mitarbeiter zur Verfügung stellen. So befinden sich beispielsweise auf dem Gelände des Landratsamtes 605 Parkplätze und auf dem Gelände des Finanzamtes und der Polizei 198 Parkplätze für Kunden und Mitarbeiter. Diese Parkplätze werden regelmäßig von Besuchern von Großveranstaltungen der Karlskaserne, der Stadt oder des Forums sowie Besuchern des Blühenden Barocks ab 17:00 Uhr und an Wochenenden genutzt, was auch außerhalb der Dienstzeiten zu einer Entlastung der Parksituation beiträgt.

Aus unserer Sicht könnte die derzeitige Parksituation in der Oststadt verbessert werden, indem weitere Parkplätze angeboten werden, beispielsweise im Innenhof der Karlskaserne. Dort parken bereits heute an Nachmittagen Fahrzeuge von Musiklehrern und Eltern. Tagsüber finden im Innenhof der Karlskaserne keine Kulturveranstaltungen statt. Bei Sonderveranstaltungen könnte man den Parkplatz im Innenhof sperren, wie dies beispielsweise jetzt schon auf der Bärenwiese praktiziert wird.

Wir bitten die Stadtverwaltung und den Gemeinderat nachdrücklich, im Interesse aller Beteiligten auf die Erhebung von Parkgebühren in der Oststadt zu verzichten.

So könnte sowohl bei den Anwohnern als auch bei den Berufspendlern und bei der Stadt Ludwigsburg großer Ärger vermieden werden. Gerne sind wir weiterhin bereit, konstruktiv an Verbesserungskonzepten für die Oststadt mitzuwirken.

Sollte sich der Gemeinderat dennoch für eine Parkraumbewirtschaftung entscheiden, so schlagen wir vor, zunächst mit der Bärenwiese zu beginnen und die Erhebung von Parkgebühren auf diese Parkplätze zu beschränken. Die Situation kann dann beobachtet und bei Bedarf mit weiteren Maßnahmen nachgesteuert werden.

Mit freundlichen Grüßen

die Betriebs- und Behördenleiter/innen und ihre Betriebs- und Personalräte/innen

Agentur für Arbeit Ludwigsburg




Carolin O'Sullivan
Geschäftsführerin



Susanne Berweck
Vorsitzende des Personalrats

Amtsgericht Ludwigsburg



Christoph Hölscher
Direktor des Amtsgerichts



Ramona Dammann
Vorsitzende des Personalrats

Finanzamt Ludwigsburg

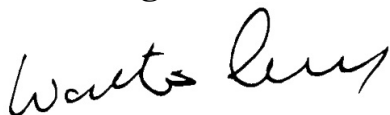


Wilhelm Treier
Vorsteher des Finanzamts Ludwigsburg

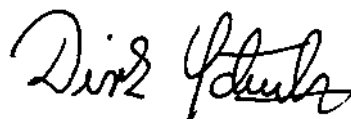


Wolfgang Knoll
Vorsitzender des Personalrats

Kleeblatt gGmbH



Walter Lees
Geschäftsführer



Dirk Schulz
Vorsitzender des Betriebsrats

Kliniken Ludwigsburg-Bietigheim gGmbH



ppa. Reinhard Vollmer
Direktor für Versorgung und
Technik

Dr. Andrea Grebe
Medizinische Geschäftsführerin



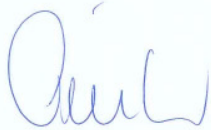
Ulrike Stoiber-Lipp
Vorsitzende des Betriebsrats

Landratsamt Ludwigsburg


Dr. Rainer Haas
Landrat des Landkreises Ludwigsburg



Petra Kowalski
Vorsitzende des Personalrats

Mann + Hummel


ppa. Rüdiger Lindenmeyer
Group Vice President Human Resources



i.A. Walter Mugler
Betriebsrat

Staatliches Schulamt Ludwigsburg


Gabriele Traub
Schulamtsdirektorin



Cornelia Glocke
Vorsitzende des Personalrats

Polizeidirektion Ludwigsburg


Frank Rebholz



Albert Schaub
Personalratsvorsitzender
Polizeidirektion Ludwigsburg

Seniorenstift Ludwigsburg


Doris Linhart-Beck
Stiftsdirektorin



Peter Bieber
Stellv. Betriebsratsvorsitzender

Vermögen und Bau Baden-Württemberg


Raphaela Sonntag
Amtsleiterin